

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

I 0227/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Fluchtverkehrsreduktionspotential durch Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten (13.11.2024)

Um den Fluchtverkehr durch die Gemeinden, welcher im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 entstehen könnte, zu verhindern bzw. minimieren, hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Die temporäre Einführung von Tempo 30-Strecken durch die Gemeinden, welche von Fluchtverkehr betroffen sein können, ist dabei keine der vom Regierungsrat vorgesehenen Massnahmen.

Gerne stelle ich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welches sind die Strategien des Regierungsrates, die negativen Auswirkungen (Lärm, Umweltbelastung, Sicherheit) des Fluchtverkehrs, welcher auch trotz den getroffenen Massnahmen bleibt, für die betroffenen Gemeinden, deren Einwohnenden und andere Benützende des Strassenraumes, insbesondere Fussgänger und Fussgängerinnen, Schulkinder und Velofahrer und Velofahrerinnen abzufedern?
2. Wieso ist die Herabsetzung der Geschwindigkeit in Ortsdurchfahrten als Mittel zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 nicht als Massnahme vorgesehen?
3. Was spricht aus Sicht des Regierungsrates dagegen, die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten in diesem Zusammenhang einzuführen?
4. Wurde die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten im Zusammenhang mit der Reduktion von Fluchtverkehr geprüft? Was war das Ergebnis dieser Prüfung?
5. Sofern eine solche Prüfung nicht durchgeführt wurde, ist der Regierungsrat bereit, diese kostengünstige und effiziente Massnahme zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 zu prüfen und gegebenenfalls zusätzlich zu den bereits vorgestellten Massnahmen einzuführen?
6. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Fluchtverkehrsreduktionspotential eines angepassten Temporegimes (Tempo 30) ein?
7. Wie hoch werden die Kosten einer solchen Massnahme eingeschätzt?
8. Inwiefern wurden die betroffenen Gemeinden, Verkehrs- und Umweltschutzorganisationen (welche?) angehört bei der Ausarbeitung der Massnahmen zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1?

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Laura Gantenbein, 3. Heinz Flück, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (7)